



T +33(0)388412560

www.coe.int

pressunit@coe.int

Ref. DC 072 (2014)

Das Antifolterkomitee des Europarates veröffentlicht einen Bericht über Litauen

Straßburg, 04.06.2014 – Das Komitee des Europarates zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) hat Litauen zu Maßnahmen aufgefordert, um folgenden Problemen zu begegnen: dem übermäßigen Einsatz von Gewalt in Gefängnissen, den schlechten materiellen Haftbedingungen, der Überbelegung und der systematischen Isolierung von zu lebenslänglicher Haft Verurteilten. Der heute veröffentlichte [Bericht](#) und die [Stellungnahme](#) der litauischen Regierung beziehen sich auf den Besuch, den die CPT-Delegation dem Land von 27. November bis 4. Dezember 2012 abstattete.

Bei dem Besuch lag besonderes Augenmerk auf der Behandlung von Menschen in Polizeigewahrsam und auf den Haftbedingungen in Polizeigefängnissen. Zudem wurde die Behandlung von Gefängnisinsassen kontrolliert, darunter zu lebenslänglicher Haft Verurteilte, und die psychiatrische Klinik in Vilnius gezielt besucht, um vor allem den Gebrauch von Fixierungen von Patienten zu prüfen.

Eine große Mehrheit der Inhaftierten, die von der CPT-Delegation befragt wurden, gaben an, dass sie in **Polizeigewahrsam** korrekt behandelt wurden. Allerdings wurden der Delegation einige Fälle berichtet (darunter von Jugendlichen), in denen die Polizei bei der Festnahme übermäßige Gewalt (etwa Tritte und Schläge) anwandte, nachdem die Person schon unter Kontrolle war. Die litauischen Behörden sollten laut dem Komitee gewährleisten, dass Polizeibeamte bei einer Festnahme nur das unbedingt notwendige Ausmaß an Gewalt einsetzen. Außerdem wird empfohlen, die grundlegenden Garantien gegen Misshandlungen durch die Polizei zu stärken.

Im Hinblick auf die Haftbedingungen in den besuchten Polizeigefängnissen nennt der Bericht einige Mängel, etwa den begrenzten Zugang zu Tageslicht, nicht abgetrennte Toiletten in den Zellen, verschmutzte Matratzen und Decken usw. In ihrer Stellungnahme verweisen die litauischen Behörden auf die laufende oder geplante Renovierung mehrerer polizeilicher Haftanstalten und auf Pläne zum Bau neuer Einrichtungen.

Hinsichtlich der besuchten **Gefängnisse** erhielt die CPT-Delegation eine Reihe übereinstimmender Berichte vorsätzlicher physischer Misshandlungen und übermäßiger Gewaltanwendung (vor allem Schläge, Tritte und Schlagstockhiebe) durch bestimmte Beamte im Gefängnis von Alytus. In einigen Fällen registrierte die Delegation auch medizinisches Beweismaterial, das sich mit den Anschuldigungen deckte. Einige Anschuldigungen über den unangemessenen Einsatz von Schlagstöcken wurden auch im Gefängnis von Šiauliai vorgebracht. Das CPT äußert ernste Zweifel daran, dass die Beschwerden über Misshandlungen durch Gefängnisbedienstete wirksam untersucht werden. Zudem stellte das Komitee im Gefängnis von Alytus mit großer Sorge ein hohes Maß an Gewalt zwischen den Häftlingen fest; dies ist teilweise auf die geringe Zahl von Gefängnisbediensteten zurückzuführen, die im Unterkunftsbereich untertags und besonders nachts und am Wochenende anwesend sind.

Der Bericht führt eine Reihe anderer Punkte an, die Anlass zur Sorge geben, etwa die schlechten materiellen Haftbedingungen und die starke Überbelegung in den meisten besuchten Einrichtungen, die armseligen Verhältnisse in Untersuchungshafteinrichtungen sowie der Mangel an medizinischem Personal in den Gefängnissen von Alytus und Lukiškės.

Der Lage von Menschen, die zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt wurden, gilt in dem Bericht besonderes Augenmerk. Das CPT betont erneut, dass das systematische Isolieren dieser Häftlinge von den anderen Insassen nicht rechtfertigbar ist, und fordert die Behörden dringend auf, den Prozess zur Eingliederung dieser Gruppe in die allgemeine Gefängnisbevölkerung einzuleiten.

In ihrer Stellungnahme verweisen die litauischen Behörden auf die Ausbildungsprogramme, in denen Gefängnisbedienstete über den Einsatz von körperlicher Gewalt und speziellen Methoden unterrichtet werden. Darüber hinaus werden Angaben über Schritte zur Bekämpfung der Überbelegung von Gefängnissen gemacht, darunter die Bevorzugung von Maßnahmen ohne Freiheitsentzug für Untersuchungshäftlinge (z. B. mittels elektronischer Überwachung) oder die Ausarbeitung anderer Alternativen zu Gefängnisstrafen. Ebenso werden Maßnahmen angeführt, die zur Verbesserung der materiellen Bedingungen in den besuchten Gefängnissen getroffen wurden oder vorgesehen sind, sowie Pläne zum Bau neuer Gefängnisse in Vilnius und Šiauliai.

Kontakt: [Estelle Steiner](#), Pressereferent, Tel.: + 33 3 88 41 33 35